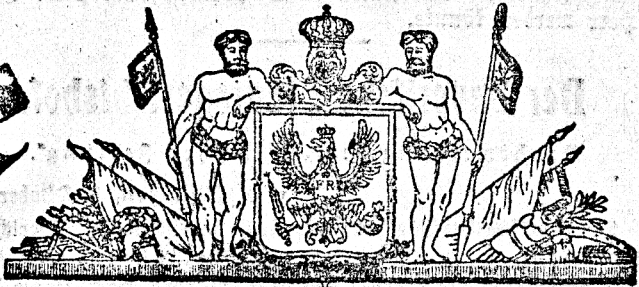


Vossische



Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal, Sonn- und Festtags nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen und Rubriken: Finanz- und Handelsblatt, Umschau in Technik und Wirtschaft, Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Wissenschaftliche Sonntags-Beilage. Allgemeine Verlosungs-Tabella. Wochenkurszettel der Berliner Börse.

Bezug: Monatlich 4,50 M., vierteljährlich 13,50 M. In Groß-Berlin und Umgegend durch eigene Boten tägl. zweimal frei ins Haus, sonst durch die Post. — Anzeigen: Zeile 1,50 M. u. 33%, Fenerungszuschlag. Familienanzeigen 1,25 M. netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26. und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291

An die deutschen Truppen im Baltikum!

Aufruf der Reichsregierung.

Meldung des Vossischen Telegraphen-Büros.

Berlin, 3. Oktober.

Die Reichsregierung hat an die Reichsdeutschen, die den noch im Baltikum stehenden Truppenverbänden angehören, den Aufruf erlassen, der durch Kopysbefehl allgemein bekanntgegeben wird:

Soldaten, Ihr habt die letzte Note der Entente wegen der Räumung des Baltikums gelesen. Darin wird dem deutschen Volk mit erneuter Blokadé, mit der Spernung aller Kredite, mit der Verweigerung der Rohstoffzufuhr gedroht. Militärische Kreise der Entente drängen zu erneutem Vormarsch, der die Befestigung Fronts zurückschleppen soll; führende französische Blätter wie der „Temps“ verlangen die Inbesitznahme des Ruhrgebietes.

Und all das, weil ein Teil der Deutschen im baltischen Freiwilligenkorps das fremde Land nicht verlassen wollen, weil sie entgegen den Befehlen der Regierung dort bleiben, obwohl durch diesen verbrecherischen Eigenwillen die höchste Gefahr besteht, daß im Deutschland Millionen arbeitslos werden, das Land nach Hunger freit und schließlich die schlimmsten Hungersnot jetzt im Winteranfang doch noch ausbricht, nicht allein auf Veranlassung der Entente, sondern durch Gehorsamsverweigerung der einzelnen Soldaten! Lasst die Hände von den Waffen ab, und gebietet von heute an den Willen! Am 20. Oktober, so melden die „Times“, beginnt der militärische Vormarsch, am 1. November erfolgt die erneute Verhängung der Blokadé.

Die Reichsregierung wendet sich zum letztenmal direkt an das Gewissen und das landsmannschaftliche Gefühl der deutschen Soldaten im Baltikum. Sie hat nie verlangt, daß die deutschen Soldaten auf Verordnungen hin sich anwerben lassen, die nicht gehalten worden sind. Sie versteht und hat das auch der Entente gegenüber zum Ausdruck gebracht, daß darüber unter ihnen Unwille und Empörung herrschen. Aber jetzt steht unendlich Höheres auf dem Spiel.

Euer Volk verhungert, der Rest seines Volkseigentums verkommt, wenn im Laufe dieses Monats die deutschen Truppen nicht aus dem Baltikum abziehen. Wer sich nicht mitschuldig am Ruin des eigenen Volkes machen will, der folgt sich dieser eifernen Notwendigkeit, der folgt dem Befehl der Regierung, der kehrt aus dem Lande zurück, in dem deutsche Soldaten nichts mehr verloren haben. Die Regierung kann und darf im Interesse Deutschlands keinen Zweifel daran lassen, daß sie jedes ihr zu Gebote stehende Mittel anwenden wird, um die Räumung des Baltikums zu erzwingen.

Aber sie hofft, dieser Appell wird genügen, um den deutschen Soldaten zu zeigen, daß es jetzt nicht mehr um die eigene Haut und das eigene Interesse des einzelnen geht, sondern um das ganze Volk! Die Gegner haben die Blokadé aufgehoben! An Euch ist es, zu verhindern, daß die Blokadé, die mörderischer in unseren Reihen gehaust hat als alle anderen Kriegswaffen, wieder verhängt wird. Folgt dem Befehl zur Heimkehr!

Halboamtlich wird gemeldet: Die „Freiheit“ steht in ihrer Abendausgabe vom 3. Oktober ihre hinlänglich bekannten Versuche fort, die Reichsregierung im Ausland zu diskreditieren. Sie schreibt, daß Herr Koska geäußert haben soll, daß er nichts feindlicher wünsche, als daß die noch im Baltikum sich befindenden deutschen Truppen west und besonders in die russische Armee übertritten, da er hier sonst nicht mehr Herr wäre. Daneben bringt sie ein Schauerwörterchen über die Bewaffnung der Einwohnerwehr als „unverlässliches Organ der gegenrevolutionären Bestrebungen“. Demgegenüber wird von berufener Seite festgestellt: 1. Die Reichsregierung hat erst in den letzten Tagen wieder einen scharfen Befehl an die deutschen Truppen im Baltikum erlassen, daß ein Uebertritt deutscher Soldaten zu den Russen streng verboten ist, und daß die zurzeit bei den russischen Truppen sich befindlichen Reichsdeutschen nach Deutschland zurückkehren haben. 2. Die Einwohnerwehren, die lediglich Polizeizwecken dienen, sind nur soweit bewaffnet, als es ihr Polizeidienst erfordert. Die Behauptung, all unsere Waffenvorräte seien auf die Einwohnerwehren verteilt, ist eine ebenso hohle wie durchsichtige Verleumdung.

Polnisches Zusammenwirken mit Denikin.

3. Genf, 3. Oktober.

Das Hauptquartier des Generals Denikin in Rostow veröffentlicht, einer Warschauer Meldung zufolge, die folgende Bekanntmachung: „Es wird amtlich mitgeteilt, daß angesichts des bevorstehenden Zusammenstehens russischer und

polnischer Truppen die Truppen der polnischen Republik als Verbündete der russischen freiwilligen Armee betrachtet werden müssen. Zwischen beiden Truppen sollen keinerlei Feindschaften stattfinden. Die polnische Militärmission ist im Hauptquartier angekommen, um einen gemeinsamen Aktionsplan mit uns auszuarbeiten. Die Grenze des polnischen Vormarsches wird die Dnjeprlinie sein bis zum Gouvernement Tschernigow.“

Schiffers und Kochs Berufung.

Meldung des Vossischen Telegraphen-Büros.

Berlin, 3. Oktober. (Amtlich.)

Auf Vorschlag des Reichskanzlers hat der Reichspräsident auf Grund des Artikels 53 der Verfassung den Abgeordneten Reichsminister a. D. Schiffer zum Reichsminister der Justiz, den Abgeordneten Oberbürgermeister Koch-Rassel zum Reichsminister des Innern berufen, und Minister Schiffer zugleich mit der Vertretung des Reichskanzlers betraut. Die Besetzung des neu zu bildenden Ministeriums für Wiederaufbau wird voraussichtlich schon in den aller nächsten Tagen erfolgen. Minister David wird der Reichsregierung als Minister ohne Portefeuille angehören.

Aus dieser amtlichen Mitteilung geht hervor, daß Oberbürgermeister Koch sich nunmehr doch entschlossen hat, das Reichsministerium des Innern zu übernehmen. Er war gestern in der Nacht nach Düsseldorf abgereist, um dort mit den Parteien und der Stadtverwaltung zu verhandeln. Er hatte bei den Vorbesprechungen die Annahme des Oberbürgermeisterpostens in bestimmte Aussicht gestellt und war daraufhin von der Mehrheit der Stadtverordneten — Demokraten, Sozialdemokraten, Unabhängigen und Deutscher Volkspartei — gegen die Stimmen des Zentrums und der Deutschnationalen gewählt worden. Die Verhandlungen über seinen Eintritt in die Regierung werden in Düsseldorf bei den Parteien, die ihm ihre Stimme gegeben hatten, begreifliches Unbehagen. Namentlich bedauern die Anhänger der Demokratie, daß der Erfolg ihrer Bemühungen, der Stadt Düsseldorf ein demokratisches Oberhaupt zu geben, durch das Verhalten Kochs schwer beeinträchtigt wurde. Bei den Besprechungen, die gestern in Düsseldorf stattfanden, hat Herr Koch erklärt, er müsse den Oberbürgermeisterposten ablehnen, da das Zentrum eine so scharfe Stellung gegen ihn einnehme, daß er unter diesen Umständen ein fruchtbares Arbeiten nicht für möglich halte. Die Gegnerschaft des Zentrums, das in der bisher von ihm beherrschten Stadt naturgemäß am liebsten einen Parteigenossen als Oberbürgermeister gesehen hätte, konnte aber doch Herr Koch unmöglich so überraschend kommen. Wie dem auch sei, jedenfalls hat Herr Koch sich entschlossen, zugunsten des Reichsministeriums zu optieren. Die demokratische Fraktion hat diese Entscheidung gestern abend zur Kenntnis genommen und ihre Zustimmung zu der Uebernahme eines Reichsministeriums des Innern durch Herrn Koch erneuert, obwohl der Reichskanzler gestern vormittag angesichts der Tatsache, daß die Entscheidung Kochs sich solange hinzog, bereits an den Abgeordneten Dr. Luppe wegen Uebernahme des Postens herantreten war.

Daß neben der Personenfrage bis zum letzten Augenblick auch sachliche Schwierigkeiten zu überwinden waren, braucht nicht wunderzunehmen angesichts der Tatsache, daß ein Teil der Fraktionsmitglieder nach dem Ausscheiden aus der Regierung im Juni eine so prononcierte Stellung, namentlich gegen den Minister Erzberger, eingenommen hatte, daß eine schwer überbrückbare Kluft entstanden war. Zwar hatte sich damals Herr Dernburg prinzipiell bereit erklärt, auch nach dem Austritt seiner Kollegen als „Fachminister“ zu verbleiben, aber Herr Gothein z. B. hat auf dem demokratischen Parteitag den Austritt der Fraktion aus der Regierung in einer Weise begründet, die den jetzigen Schritt überaus erschwerte. Dazu kamen Bestimmungen über die Sonart, in der der „Vorwärts“ den Wiedereintritt der Demokraten in das Kabinett „begünstigt“. Ähnlich war übrigens die Haltung der sozialdemokratischen Provinzpresse, die anscheinend das Opfer der demokratischen Fraktion nicht in vollem Maße zu würdigen scheint.

Ein äußerlich sehr höflicher Artikel, den der Abgeordnete Scheidemann, der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion, gestern im „Vorwärts“ veröffentlichte, um die Koalition als unvermeidliches Uebel für den Augenblick zu rechtfertigen, mußte den unbehaglichen Eindruck eher noch verstärken.

Enttäuschung in Schweden.

Von

Max Theodor Wehrmann.

Sonderberichterstatter der „Vossischen Zeitung“.

* Stockholm, im September.

Vor Jahresfrist, als geschäftige Northcliffe-Kommission, noch ohne sonderlich zu erröten, mit Gerechtigkeit, politischer Moral und Selbstbestimmungsrecht unter den Neutralen verhandelnd hausierten und für diese Schwindelware auch hierzulande noch manchen naive gläubigen Käufer fanden, da sagte mir ein sehr bekannter früherer schwedischer Minister: „Siegt Deutschland, so werden wir wenigstens noch dürfen; siegt aber die Entente, so werden wir nur noch schlechtweg müssen.“ Die kluge Erzählung hat schon damals den kommenden britischen Sklavenmarkt richtig eingeschätzt, zu dem jetzt auch Schweden gezerrt wird.

Gewiß nicht willenlos. Jetzt, wo die Bilanz des Weltkrieges gezogen wird und schöne Worte in häßliche Taten umgewandelt werden, wo man, wie einst in Pazifismus, nunmehr in Völkerschacher jobbert, fühlt mächtig selbst der ententefreundlichste Schwede von ehemals, daß die von ihm so sorgsam aufgestellte Rechnung nicht stimmt. Man konnte dies so recht auf der kürzlich zum Abschluß gelangten Nordischen Interparlamentarischen Konferenz sehen, der ich beizuwohnen durfte: die Luft war mit dem Rosenjammer eines aus einem lieblichen Traum zu einer wenig lieblichen Wirklichkeit Erwachten geschwängert. Man sprach viel und breit vom Völkerbund, man nahm sogar schließlich eine Resolution an, die diesen Völkerbund „mit Freude begrüßte“. Aber es war dies eine sehr gemüthliche Freude, gleich jenem erzwungenen Liebesbeweis, den der russische Bauer von seinem Weibe erpriegelt mit dem wüthigen Worten: „Lieben sollst du mich, du Hundeseele!“

Der arme Freiherr von Udelswärd, der die Konferenz leitete, konnte einem von Herzen leid tun: er hatte seine in Schutt und Trümmern liegenden Güter wieder nichtdürftig aufzurichten und den in aller nichtbritischen Welt zu Spott und Schande gewordenen „Völkerbund“ seiner Zuhörerschaft mundgerecht zu machen. Dem bedauernswerten Baron sei jetzt seine alte Bitterliebe ehrlich verziehen — ob seines Schmerzes darüber, daß die angelsächsische Holbe ihn und seine Sippe verraten, ob seiner aufrichtigen Reue, die er in die wehbewegten Worte kleidete: „Nationalismus und Militarismus treten jetzt in Erscheinung, gelinde gesagt, in ebenso hohem Grade wie je vor dem Weltkriege.“ Und sein Lieblingsblatt, das ihm Jahr und Tag hindurch treue Anspanndienste geleistet, die „Dagens Nyheter“, stimmte noch beglücklicherweise in diese reumütige freiherrliche Klage ein, indem es tags darauf schrieb: „England benutzt jetzt die Konjunktur des Weltkrieges zu einer Expansion, wie sie kein Imperialist in der Foreign Office früher jemals auch nur zu träumen gewagt hat. In der neuesten anglo-persischen Konvention findet man nichts, was zeigen könnte, daß das internationale Leben sich nach modernen Linien organisiert: sowohl die Verhandlungen als das Aktienstück selber sind Meisterwerke einer Diplomatie des ancien régime.“ Vor Versailles hatten Herr von Udelswärd und die „Dagens Nyheter“ wesentlich anders gesprochen und geschrieben, als es ihnen galt, die schwedische und die übrige skandinavische öffentliche Meinung auf Londons Ansichten und Forderungen einzustellen. Und auch noch etwas später, als Naive und Verblendete noch immer nach Londoner Diktat den sogenannten Völkerbund als Friede auf Erden und den neutralen Menschen ein Wohlgefallen höchlich priesen.

Nun ist die Ernüchterung gekommen — denn Schweden, genau wie die übrige nichtbritische Welt, darf nicht mehr dürfen, sondern muß eben müssen. Wie ein roter Faden zog sich dieser schmerzliche Gedanke durch die Verhandlungen der Nordischen Interparlamentarischen Konferenz; gleichsam ein einziges klägliches patet peccavi. Es gibt fortan keine Neutralität, kein neutrales Schweden mehr — das Stenogramm der langen Reden und Gegenreden der Konferenz könnte sehr gut in diesen einen Satz zusammengefaßt werden. Baron Udelswärd selber erklärte gleich am ersten Verhandlungstag voll Resignation: „Es dürfte feststehen, daß keine Staaten, die dem Völkerbunde nicht beitreten, von diesem eine nichts weniger denn freundliche Behandlung erfahren werden.“ Und Hjalmar Branting, der bei all seiner Klugheit sich häufig noch immer nicht von den Eierschalen einer gläubigen Ideologie zu befreien vermag, ließ tags darauf in seinem „Social-Demokraten“ schreiben: „Die allgemeine schwedische Auffassung geht dahin, daß die Mitgliedschaft im Völkerbunde Schweden Verpflichtungen auferlegen wird, die jeder Schwede nur mit einem Gefühl der Demütigung betrachten muß.“ Auch „Stockholms Tidningen“, die bis und teilweise sogar noch während Versailles so häufig unter Northcliffes Banne gestanden, stimmt jetzt das Klagegeheul an: „Alles Geschwätz von dem Völkerbunde als einem freiwilligen Zusammenschlusse souveräner Staaten ist jedenfalls für die kleinen Nationen nur eine Fiktion.“ Mit einem Worte: Rosenjammer auf der ganzen Linie der einstmalig so unentwegt und zukunftsstolz britisch